



Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

Kiel, 25. Januar 2019

TOP 15: Politische Diskussion in der Schule fördern

Kai Vogel

Der Antrag der AfD atmet den Geist eines tiefen Misstrauens gegenüber unseren Lehrkräften.

„Anträge der AfD wie dieser atmen den Geist eines tiefen Misstrauens gegenüber unseren Lehrkräften. Das finde ich sehr schade, denn Sie senden damit ein Signal nach außen, dass sich die Lehrkräfte und damit alle Schulen massiv politisch wertend verhalten würden und Schülerinnen und Schüler somit politisch einseitig unterrichtet würden.

Jede Lehrkraft, die in Schleswig-Holstein unterrichtet, ist dem Schulgesetz verpflichtet. Die Schulen und damit alle Lehrkräfte sind auf die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte und die sie begründenden Wertvorstellungen einschließlich der Ideen der demokratischen, sozialen und liberalen Freiheitsbewegungen verpflichtet; sie werden beauftragt, jungen Menschen dazu zu ermuntern, eigenständig zu denken und die Bereitschaft zur Empathie zu fördern. Die Schülerinnen und Schüler sollen sich in einer sich ständig wandelnden Welt zurechtfinden. Dazu gehört auch die Offenheit gegenüber kultureller und religiöser Vielfalt. Kritische Auseinandersetzung kann aber nur dann erfolgen, wenn jungen Menschen keine glattgeschliffenen Texte, Bücher oder Filme präsentiert werden. Nur weil wir uns an den Texten von Günther Grass reiben, politische Reden von Willy Brandt und Franz-Josef Strauß analysieren, jede Strophe unserer Nationalhymne lesen und bewerten und Filme, wie „Wildes Herz“ und „Schindlers Liste“ in der Schule zeigen und diskutieren lassen, gelingt es, in die Tiefen des Inhaltes und in eine wirkliche interpretatorische Auseinandersetzung zu gelangen. Es ist

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

doch ein Irrglaube davon auszugehen, dass Filme wie „Wildes Herz“ unvorbereitet angesehen werden und danach nicht ausgewertet werden würden.

Auch ich reibe mich bei dem Film an der Sprache. Wenn die Worte hier allerdings komplett in wohlklingendes Deutsch eingebettet wären, dann würde vermutlich in keiner Schule nach diesem Film eine Auseinandersetzung über gelungene Kommunikation und Sprache stattfinden. Ob „hammergeil“ oder „das ist ein schöner Moment“ die bessere Sprache ist, müssen alle Schülerinnen und Schülern diskutieren und dann bewerten. Ja, der Film setzt sich kritisch mit rechten Parteien auseinander und es gibt mehr als genug Filme, die sich kritisch mit den Positionen auch aller anderen Parteien hier im Landtag beschäftigen. Dieses müssen wir alle aushalten und erst die kritische Auseinandersetzung in der Schule führt dann zu einer späteren eigenen Meinungsbildung. Wollen Sie allen Ernstes Schulen vorschreiben, welche Filme genehm sind und welche auf einen Index gehören?

Sie provozieren mit Ihren eigenen einseitigen politischen Thesen doch ebenfalls bewusst und wollen doch bestimmt, dass über diese auch in der Schule diskutiert wird. Wer über den eigenen Bundesparteivorsitzenden übermitteln lässt, dass die Zeit des Nationalsozialismus ein Vogelschiss gewesen wäre, der will doch, dass dieses Zitat auch in der Gesellschaft diskutiert und bewertet wird. In anderen Bundesländern lässt die AfD über ein Denunziationsportal Lehrkräfte bewerten und anschwärzen. Hier findet einseitige Bewertung statt und nur in dem einzigen Interesse Lehrkräfte und Schulen öffentlich bloß zu stellen.

Sie sollten Ihr eigenes Verständnis von Schule dringend kritisch hinterfragen. Wer in anderen Bundesländern Eltern und Schülerinnen und Schüler animiert, Lehrkräfte öffentlich schlecht zu reden, ohne dass diese sich wehren können, wer unseren Lehrkräften unterstellt unreflektiert kritische Filme im Unterricht zu behandeln, sollte sich für diese absolut unpassende Auffassung bei unseren Lehrkräften entschuldigen, als so abstruse Anträge einzureichen.

Ich habe ein Vertrauen in jede Lehrkraft und jeden meiner früheren Kolleginnen und Kollegen und in ihre Schulleitungen, ganz egal, ob sie nun SPD oder eine andere Partei gewählt haben. Weder der Bildungsausschuss noch der Landtag insgesamt sind das höchste Gremium des Landes für Fragen der Pädagogik und der Didaktik. Sie sind die höchsten Gremien des Landes für die Festlegung bildungspolitischer Rahmenbedingungen in Gesetzgebung und Haushalt. Im Landtag hat dieser Antrag jedenfalls nichts weiter zu suchen. Deshalb beantrage ich, ihn in der Sache zu befassen; wir werden ihn selbstverständlich ablehnen.“